

Datum: 20.01.2021

Telefon: 0 233 [REDACTED]

Telefax: 0 233 [REDACTED]

Herr Bönig
[REDACTED]

IT-Referat

RIT-RL

**Analoge und digitale Öffentlichkeitsbeteiligung in der Landeshauptstadt München;
Vorstellung des Externen-Konzepts für die systematische Weiterentwicklung;**

Aktive Bürger*innenbeteiligung stärken – Bürger*innenbudget einführen

Antrag Nr. 20-26 / A 02121 von der Fraktion SPD/Volt und der Fraktion Die Grünen – Rosa
Liste

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V XXXXX

D-I-ZV. [REDACTED]

Sehr geehrte Damen* und Herren*,

das IT-Referat nimmt o. g. Beschlussvorlage zur Kenntnis und hat folgende Anmerkungen:

Wir unterstützen die Ausführungen des Direktoriums und bedanken uns für die bisherige,
konstruktive und gute Zusammenarbeit.

Die Einrichtung einer stadtweit übergreifenden Fachstelle für Öffentlichkeitsbeteiligung und
Partizipation im Direktorium betrachten wir ebenfalls als wichtigen Erfolgsfaktor. Entsprechend
der bisherigen Erfahrungen und den Anforderungen aus den jetzt startenden Beteiligungsver-
fahren werden in der zweiten Jahreshälfte sich die daraus ergebenden Bedarfe für den techni-
schen Betrieb, Weiterentwicklung und die technische Begleitung dem Stadtrat vorgelegt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Thomas Bönig
IT-Referent



Christine Kugler
Berufsmäßige Stadträtin

Herrn

Direktorium

via Mail

12.01.2022

Stellungnahme des Referats für Klima- und Umweltschutz (RKU) zum
Beschlusssentwurf

**„Analoge und digitale Öffentlichkeitsbeteiligung in der Landeshauptstadt
München; Vorstellung des Externen-Konzepts für die systematische
Weiterentwicklung“**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V XXXXX

Das Bekenntnis seitens des RKU zur Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine wichtige Grundlage der strategischen Ausrichtung des Referats und spiegelt sich bereits in verschiedenen Arbeits- und Themenbereichen des Referats wider, beispielsweise in der schon erfolgten Gründung und Etablierung eines Klimarates.

Der vorliegende Beschlusssentwurf „Analoge und digitale Öffentlichkeitsbeteiligung in der Landeshauptstadt München; Vorstellung des Externen-Konzepts für die systematische Weiterentwicklung“ und das zugrundeliegende Konzept „Gesamtstädtisches Konzept Öffentlichkeitsbeteiligung“ der Agentur ZebraLog wird vom RKU daher prinzipiell befürwortet.

Es ist zu begrüßen, dass die bereits vielfältig vorhandenen Aktivitäten und Partizipationsangebote der Landeshauptstadt München (LHM) sowie die erarbeiteten Qualitätskriterien guter Öffentlichkeitsbeteiligung gesamtstädtisch organisatorisch und konzeptionell stärker aufeinander abgestimmt werden und zu einer für alle Bürger*innen verlässlichen Partizipationsmarke mit klar erkennbaren Qualitätsmerkmalen entwickelt werden.

Eine Mitzeichnung der Beschlussvorlage seitens des RKU kann jedoch nur erfolgen, wenn sicher garantiert werden kann, dass die Referate für ihre ureigenen Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren sowohl auf strategischer und operativer Ebene als auch bei der Wahl der Methoden und Instrumente weiterhin selbst verantwortlich bleiben. Dies ist umso wichtiger, da das RKU bereits mit der Plattform www.089klimaneutral.de ein Beteiligungsverfahren unter Verwendung des Tools „DIALOG BOX“ der Firma polidia GmbH etabliert hat. Außerdem sind bereits erste konzeptionelle Schritte für ein neues Öffentlichkeitsbeteiligungsformat erfolgt, die auch

im Grundsatzbeschluss II (Beschlussfassung im Januar 2022) ausgeführt werden. Es besteht hierfür bereits ein Auftragsverhältnis mit einem externen Auftragnehmer, an das das RKU gebunden ist.

Auf Seite 5 der Beschlussvorlage wird dementsprechend zwar angekündigt, dass die Referate selbst verantwortlich bleiben. Dies widerspricht sich jedoch mit einigen Aussagen in der Beschlussvorlage selbst und vor allem mit dem zugrundeliegenden Konzept von ZebraLog.

So wird beispielsweise auf Seite 6 der Beschlussvorlage davon gesprochen, dass der Steuerungskreis Öffentlichkeitsbeteiligung „Projekte zur Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert und **priorisiert**, Projekte auswähl[t], die als „Leuchtturmprojekte“ über die zentrale Plattform durchgeführt werden sollen und Verfahrenslisten erstell[t].“

Im Konzept von ZebraLog wird zudem davon gesprochen, dass die zentrale Fachstelle Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation, die eingerichtet werden soll, eine „Service-, **Koordinierungs-**, Kompetenz- und Geschäftsstelle“ sowie als öffentliche Anlaufstelle quasi der „Maschinenraum“ der Münchner Beteiligungskultur“ werden soll (S. 4).

Die Fachstelle Öffentlichkeitsbeteiligung und Partizipation „übernimmt u. a. die **gesamstädtische Koordinierung aller Öffentlichkeitsbeteiligungen** und Teilprojektleitung für Online-Bausteine bei Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligungen. [Sie] koordiniert **verfahrens- und referatsübergreifende Qualitätsstandards und Standardisierungsprozesse und koordiniert und etabliert die Nutzung und Weiterentwicklung der gesamstädtischen Beteiligungsplattform.**“ (S. 31 Konzept ZebraLog)

[Alle Hervorhebungen durch die Autor*innen.]

Die hier auftauchenden Widersprüche müssen in der Beschlussvorlage vor einer Mitzeichnung durch das RKU noch geklärt werden.

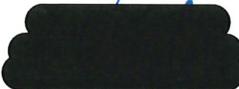
Weiterhin ist in der Beschlussvorlage auf Seite 7 die Einrichtung eines Beirates für Öffentlichkeitsbeteiligung, der aus Vertreter*innen der Politik, der Verwaltung sowie der organisierten und der nicht organisierten Zivilgesellschaft besteht, vorgeschlagen. Hier muss bei Mitzeichnung seitens des RKU ergänzt werden, dass es mit dem bereits etablierten Klimarat, der ebenfalls u. a. aus Vertreter*innen der organisierten und nicht organisierten Zivilgesellschaft besteht, zu dem Thema „Öffentlichkeitsbeteiligung“ einen regelmäßigen Austausch geben muss, um parallele Diskussionen in beiden Gremien zu vermeiden.

Die Beschlussvorlage behandelt zudem die Absicht, eine gesamstädtische Onlinebeteiligungsplattform analog der bestehenden Plattformen CONSUL (Testbetrieb) und München-Mitdenken (Referat für Stadtplanung und Bauordnung) einzurichten und diese Form der Beteiligung zu zentralisieren. Die Etablierung dieser Plattform wird vom RKU grundsätzlich unterstützt und befürwortet.

Eine Mitzeichnung seitens des RKU kann in diesem Zusammenhang weiters nur dann erfolgen, wenn dem RKU die Nutzung seiner eigenen Onlinebeteiligungsplattform weiterhin gestattet wird (www.089klimaneutral.de oder zukünftiger Name). Das RKU benötigt bereits ab 2022 ein flexibel und spontan einsetzbares Instrument, dass ohne lange Vorlaufzeiten und Abstimmungsprozesse eingesetzt werden kann. Dies ist z.B. in der geplanten Quartiersarbeit unerlässlich. Der in der Beschlussvorlage bzw. im Konzept beschriebene Prozess ist aus Sicht des RKU für die Prozesse im Quartier nicht geeignet.

Wie schon ausgeführt, konzipiert das RKU in seinem im Januar 2022 zu verabschiedenden Grundsatzbeschluss II ein neues Öffentlichkeitsbeteiligungsformat, dass das RKU vor allem im Rahmen der Quartiersarbeit, in Zusammenarbeit mit den für die Quartiersarbeit federführenden Referaten, nutzen möchte. Dafür wird auch weiterhin eine Online-Plattform benötigt, die zur Verfügung stehen muss, bis das neue Konzept verabschiedet und umgesetzt ist. Ein „Umstieg“ bzw. eine zusätzliche Verwendung anderer stadtweiter Instrumente (je nach Anwendungsbedarf), wie z.B. die Plattform CONSUL, wird aus Sicht des RKU nach der Testphase von CONSUL, wenn möglich, angestrebt. Allerdings bedarf es dazu einen inhaltlich umfassenden Austausch und eine gute Planung im Vorfeld des möglichen Umstieges.

Mit freundlichen Grüßen


Christine Kugler
berufsmäßige Stadträtin

Datum: 13.01.2022
Telefon: 233 [REDACTED]
Telefax: 233 [REDACTED]
Dorothee Schiwy

Sozialreferat

Sozialreferentin

S-GL-SP
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

**Analoge und digitale Öffentlichkeitsbeteiligung in der Landeshauptstadt München;
Vorstellung des Externen-Konzepts für die systematische Weiterentwicklung;**

Aktive Bürger*innenbeteiligung stärken – Bürger*innenbudget einführen

Antrag Nr. 20-26 / A 02121 von der Fraktion SPD/Volt und der Fraktion Die Grünen – Rosa
Liste

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / XXXXX

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses des Stadtrates vom ... (VB)
Öffentliche Sitzung

An das Direktorium, D-I-ZV

Sehr geehrte Damen* und Herren*,

ich bedanke mich für die Zuleitung des Beschlussentwurfs zur Weiterentwicklung des
Konzepts der analogen und digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung der Landeshauptstadt
München, die von der Analyse des Ist-Standes ausgehend im weiteren Verlauf die konkreten
Schritte zur Entstehung einer stadtweiten Plattform vorstellt.

Die Benennung von Kindern und Jugendlichen als eine der Zielgruppen bei
Öffentlichkeitsbeteiligungen in diesem Beschlussentwurf ist begrüßenswert. Hier ist die
Notwendigkeit der Entwicklung von Strategien zur strukturellen Verankerung und Förderung
altersgerechter Zugänge und Beteiligungsstrukturen benannt. Diese steht im Einklang mit den
Arbeitsschwerpunkten des Sozialreferates/Stadtjugendamtes, die zur Beteiligung von Kindern
und Jugendlichen in der Stadtgesellschaft wie auch zur Verankerung von Kinder- und
Jugendlichenpartizipation im Verwaltungshandeln beitragen. Das Sozialreferat wird sich bei
den weiteren Entwicklungsschritten in diesem wie auch anderen Bereichen gerne beteiligen.

Ich bitte darum, in der Beschlussfassung „II. Antrag des Referenten“ den Punkt 4 des o. g.
Antrages von der Fraktion SPD/Volt und der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste aufzunehmen.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Ergänzung zeichnet das Sozialreferat die
Beschlussvorlage mit.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dorothee Schiwy

Datum: 24.01.2022

Telefon: 0 233- [REDACTED]

Telefax: 0 233- [REDACTED]

Herr Dunkel
[REDACTED]

Mobilitätsreferat
Berufsmäßiger Stadtrat

**Analoge und digitale Öffentlichkeitsbeteiligung in der Landeshauptstadt München;
Vorstellung des Externen-Konzepts für die systematische Weiterentwicklung;**

Aktive Bürger*innenbeteiligung stärken – Bürger*innenbudget einführen

Antrag Nr. 20-26 / A 02121 von der Fraktion SPD/Volt und der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Mitzeichnung Beschlussvorlage Direktorium (D-I-ZV)

I. An Direktorium

per E-Mail an beteiligung.dir@muenchen.de

Stellungnahme des Mobilitätsreferats:

Die Notwendigkeit einer auch politisch postulierten Verkehrswende wird zu vielen Verbesserungen, aber auch Veränderungen alltäglicher Mobilitätsroutinen in unserer Stadtgesellschaft (und darüber hinaus) führen. Damit geht ein künftig deutlich erhöhter Kommunikations-Bedarf (z.B. hinsichtlich Aufklärung, Mitwirkungsmöglichkeiten, Konfliktlösungen) einher. Denn Mobilität betrifft jede und jeden von uns und ist mit einer ganz persönlichen Erfahrungswelt verbunden. Veränderungsprozesse in diesem Kontext können erfahrungsgemäß umfangreiche bzw. starke Reaktionen hervorrufen. Um auf diese Situation proaktiv, begleitend und auch lenkend einwirken zu können, sieht das Mobilitätsreferat eine auf solidem Fundament stehende Kultur der Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie bereits in weiten Teilen in unserer Stadt gelebt wird, als wichtigen und wesentlichen Erfolgsfaktor für das Gelingen der Verkehrswende an. Zudem schafft transparente und professionelle Kommunikation Vertrauen bei unseren Bürger*innen in die Handlungsfähigkeit und Kompetenz der Verwaltung und Stadtpolitik, das auch anderen Themenbereichen und Aufgabenstellungen zuträglich sein wird.

Aus diesen Überlegungen heraus unterstützt das Mobilitätsreferat in einem außerplanmäßigen Mehraufwand derzeit die Testphase der Onlinebeteiligungsplattform CONSUL mit einem Pilotprojekt (Öffentlichkeitsbeteiligung zum Verkehrsentwicklungskonzept im 22. Stadtbezirk).

Das von ZebraLog erarbeitete und im Beschluss mit seinen Bausteinen skizzierte Beteiligungskonzept wird zu spürbaren Auswirkungen auf das Tagesgeschäft im Mobilitätsreferat führen. Die folgenden Anmerkungen sollen dies verdeutlichen:

Steuerungskreis Öffentlichkeitsbeteiligung

Das Mobilitätsreferat ist zur (mindestens kurz- bis mittelfristigen) Mitwirkung am Steuerungskreis Öffentlichkeitsbeteiligung aufgerufen. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, erfordert einen zentralisierten referatsinternen Informationsaustausch über alle beteiligungsrelevanten Maßnahmen, Planungen beziehungsweise Projekte zu etablieren und diesen mit entsprechenden Personalkapazitäten zu befähigen.

Weiterentwicklung der Bürgerversammlungen

Bürgerversammlungen bedürfen einer intensiven fachlichen Betreuung (Vorlauf/Durchführung/ Nachbereitung). Ihre häufigere Durchführung führt daher zu einem personellen Mehraufwand,

der unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen im Mobilitätsreferat nicht zu leisten wäre.

Weitere unterjährige Möglichkeiten der direkten Einflussnahme

In dieser Frage schließt sich das Mobilitätsreferat explizit den Beschlussausführungen des Direktoriums an und ergänzt diese um den Hinweis auf die im Haus gesammelten Erfahrungen zur Meldeplattform Radverkehr. Eine nach den Vorschlägen des Beteiligungskonzepts (von Zebralog) befähigte Bürgerschaft ist grundsätzlich zu begrüßen, solange auf Seite der Verwaltung die erheblichen personellen Ressourcen gegeben sind, um dem rechtlich verankerten Anspruch auf angemessene Beantwortung und Bearbeitung gerecht werden zu können. Andernfalls (bei nicht fristgerechter Stellungnahme bzw. Beantwortung der Anliegen innerhalb von drei Monaten) können Bürger*innen rechtliche Schritte unternehmen (Untätigkeitsklagen oder sogar Haftungsansprüche bei Gefahrenmeldungen). Der derzeitige personelle Ausstattungsgrad im Mobilitätsreferat lässt kein fristgerechtes Anliegenmanagement in dieser zusätzlichen Sache zu. Eine entsprechende, auch rechtssichere Klärung, wie grundsätzlich mit den Anliegen zu verfahren ist, erscheint deswegen dringend geboten.

Stadtweites Bürgerbudget

Der Verwendung von Bürgerbudgets liegen notwendigerweise Vorschläge bzw. Ideen aus der Bürgerschaft zugrunde, die ebenfalls einer angemessenen Bewertung durch die betroffene Verwaltung bedürfen. Insbesondere ist auch vorab zu kommunizieren, wie der Entscheidungsspielraum z.B. einer Straßenverkehrsordnung konkret aussieht, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Auch hier sieht das Mobilitätsreferat sein operatives Tagesgeschäft um einen Mehraufwand bereichert, den es zu berücksichtigen gilt.

Gesamtstädtische Beteiligungsplattform

Eine derartige Beteiligungsplattform wird zentraler und nach außen wirkender Baustein des anvisierten Beteiligungskonzepts sein. Allerdings lebt dessen Mehrwert von den dafür aufbereiteten und eingepflegten Informationen. Die fachlichen Inhalte werden im Regelfall von der beteiligten Fachabteilung im Referat bzw. in Abstimmung von externen Dienstleistern geliefert. Die bisherigen Erfahrungswerte des Mobilitätsreferats im Zuge der Mitwirkung einer erstmaligen Nutzung der Plattform CONSUL zeigen hier ebenfalls einen nicht zu vernachlässigen zusätzlichen Zeitbedarf an.

Das Mobilitätsreferat begrüßt den Vorstoß des Direktoriums mit diesem Beschluss und zeichnet diesen in der Sache mit. Allerdings ist an dieser Stelle deutlich darauf hinzuweisen, dass das Mobilitätsreferat entsprechend den vorstehenden Ausführungen eine dem Anspruch angemessene Umsetzung des gesamtstädtischen Beteiligungskonzepts nur mit einer signifikant aufgestockten Personaldecke leisten kann. Andernfalls ist mit spürbaren Prozessverzögerungen bis hin zu nicht leistbaren Aufgabenstellungen zu rechnen.

Aufgrund keinerlei vorhandener Personalkapazitäten für den Bereich Partizipation, plant das Mobilitätsreferat daher noch in 2022 eine Vorlage zum Themenkomplex Partizipation und Kommunikation mit entsprechenden Ressourcenforderungen in den Stadtrat einzubringen.

Wir bitten darum, die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

gez. Georg Dunkel
Berufsmäßiger Stadtrat
Mobilitätsreferent

